

**Niederschrift 11. Sitzung des Finanz- und Wirtschaftsausschusses**

---

<b>Sitzungstermin:</b>	Mittwoch, 25.11.2015
<b>Sitzungsbeginn:</b>	19:00 Uhr
<b>Sitzungsende:</b>	19:45 Uhr
<b>Ort, Raum:</b>	Raum "Rieseberg" der Stadtverwaltung Gardelegen, 39638 Gardelegen

---

**Anwesend:**

Herr Thomas Genz  
Herr Steffen Rötz  
Herr Marko Kutz  
Herr Christian Glatz  
Herr Reinhard Hapke  
Herr Nico Macht  
Herr Jörg Marten  
Herr Frank Roßband  
Herr Rüdiger Wolf

**Sachkundige Bürger:**

Herr Günter Hoop  
Herr Oliver Teßmer

**Ortsbürgermeister Lindstedt**

Herr Siegfried Jordan

**Verwaltung:**

Frau Mandy Zepig	Bürgermeisterin
Herr Stadtverwaltungsrat Maik Machalz	FBL Zentrale Dienste und Finanzen
Frau Birgit Matthies	FBL Ordnung und Sicherheit
Herr Norbert Bucklitsch	MA FB Zentrale Dienste und Finanzen, FD I
Frau Christina Schneider	MA FB Baudienstleistungen bis Ende öffentl. Teil (19:36)
Frau Roswitha Kausche	MA Politische Gremien

**Presse:**

Frau Cornelia Ahlfeld	Redaktion der Volksstimme bis Ende öffentl. Teil (19:36)
Frau Elke Weisbach	Redaktion der Altmark Zeitung bis Ende öffentl. Teil (19:36)

**Abwesend:**

Herr Jan Dittrich  
Frau Martina Lenz  
Herr Detlef Reps  
Herr Hartmut Schrader-Bölsche

**Tagesordnung:**Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung der Sitzung und Feststellung der ordnungsgemäßen Einberufung, der fehlenden Stadträte des Finanz- und Wirtschaftsausschusses und der Beschlussfähigkeit
- 2 Entscheidung über Änderungsanträge zum öffentlichen Teil der Tagesordnung und Feststellung der Tagesordnung des öffentlichen Teils
- 3 Entscheidung über Einwendungen zum öffentlichen Teil der Niederschrift und Feststellung der Niederschrift über die 10. Sitzung des Finanz- und Wirtschaftsausschusses am 14.10.2015

- 4 Ermächtigung der Bürgermeisterin zur Erstellung von Satzungen für die Erhebung wiederkehrender Beiträge  
Vorlage: 162/12/15
- 5 Aufstellung eines Bebauungsplanes - Wohnstandort Bertolt-Brecht-Straße in Gardelegen  
Vorlage: 163/12/15
- 6 Schulentwicklungsplanung - Schließung des Schulstandortes Estedt  
Vorlage: 167/12/15
- 7 Sitzungstermine des Finanz- und Wirtschaftsausschusses für das Jahr 2016  
Vorlage: MV/F/0002/15
- 8 Anfragen und Anregungen

### Öffentlicher Teil

- TOP 1 Eröffnung der Sitzung und Feststellung der ordnungsgemäßen Einberufung, der fehlenden Stadträte des Finanz- und Wirtschaftsausschusses und der Beschlussfähigkeit

Die Vorsitzende des Ausschusses, Stadtrat Thomas Genz, eröffnet die Sitzung und stellt die ordnungsgemäße Einberufung fest. Es sind von neun geladenen Stadträten acht anwesend. Von sieben sachkundigen Einwohnern sind zwei anwesend. Damit ist die Beschlussfähigkeit gewährleistet.

- TOP 2 Entscheidung über Änderungsanträge zum öffentlichen Teil der Tagesordnung und Feststellung der Tagesordnung des öffentlichen Teils

Stadtrat Marten fragt nach, warum nicht über die neue Fassung der Friedhofsgebührensatzung im Finanz- und Wirtschaftsausschuss beraten wird? Dazu erklärt die Bürgermeisterin, Frau Zepig, dass sie gegen den Beschluss des Stadtrates Widerspruch eingelegt hat. Aufgrund des Beschlusses über die Friedhofsgebührensatzung war es durch die Staffelungen von 60 bis 160 Euro für die Nutzung der Trauerhalle erforderlich geworden, die Kalkulation zu überarbeiten. Die Satzung an sich ist nicht geändert worden, sodass kein sachlicher Grund besteht, in den Ausschüssen darüber zu beraten. Das Gesetz sieht nur eine erneute Beratung im Stadtrat vor.

Stadtrat Genz beantragt, den Tagesordnungspunkt 3 – Feststellung über Einwendungen im öffentlichen Teil der Niederschrift und Feststellung der Niederschrift über die 10. Sitzung des FWA am 14.10.2015 – abzusetzen. Die Niederschrift liegt nicht vor.

### **Beschluss:**

Der Finanz- und Wirtschaftsausschuss stellt mehrheitlich die geänderte Tagesordnung für den öffentlichen Teil fest.

### **Abstimmungsergebnis:**

Ja-Stimmen:	8
Nein-Stimmen:	1
Stimmenthaltungen:	0

- TOP 3 Entscheidung über Einwendungen zum öffentlichen Teil der Niederschrift und Feststellung der Niederschrift über die 10. Sitzung des Finanz- und Wirtschaftsausschusses am 14.10.2015

- Der Tagesordnungspunkt war mit der Feststellung der Tagesordnung abgesetzt worden.

TOP 4 Ermächtigung der Bürgermeisterin zur Erstellung von Satzungen für die Erhebung wiederkehrender Beiträge  
Vorlage: 162/12/15

Die Bürgermeisterin begründet die Ermächtigung zur Erstellung von Satzungen mit wiederkehrenden Beiträgen, wie bereits in der Vorlage dargelegt.

Stadtrat Rötz nimmt den Antrag der CDU-Fraktion „Einbeziehung des Wohngebietes „Ost“ Gardelegen“ zurück, da das Gebiet Bestand des Beschlussvorschlages ist.

Stadtrat Marten, SPD-Fraktion, warnt davor, die Verwaltung zu ermächtigen, Satzungen für die Erhebung von wiederkehrenden Beiträgen zu erstellen. Diese seien rechtsunsicher und angreifbar. Sollte ein Beitragspflichtiger klagen, könnte die Sachlage ebenso wie im Jahre 2013 zuungunsten der Stadt ausgehen.

Die Anfrage, ob es richtig ist, dass es bei der Anwendung der Satzung mit wiederkehrenden Beiträgen für das Wohngebiet „Ost“ zu einem Minus bei den Einnahmen für die Stadt kommt, wird von Stadtverwaltungsrat, Herrn Machalz, bejaht.

Sowohl der berufene Einwohner, Herr Hoop, als auch Stadtrat Glaatz, Freie Wählergemeinschaft Südliche Altmark, plädieren für die Erarbeitung von Satzungen für die Erhebung von wiederkehrenden Beiträgen. Ebenso auch Stadtrat Genz, CDU.

Von der Erstellung einer rechtskonformen Satzung, geht Stadtrat Rötz aus. Er erklärt, die CDU ist für den Grundsatzbeschluss.

Ergänzend erläutert Frau Zepig, dass im Falle des Erlasses einer Satzung mit einmaligen Beiträgen den Bürgern, die bereits Beträge entsprechend vorheriger Satzung mit wiederkehrenden Beiträgen entrichtet haben, diese Summen angerechnet werden. Zu bedenken gilt, dass im Falle von einmaligen Beiträgen durchaus Summen zwischen 20 bis 30 Tausend Euro je Grundstück zusammenkommen können.

Das Gerichtsurteil, mit dem die damalige Satzung über wiederkehrende Beiträge außer Kraft gesetzt wurde, ist eine Entscheidung gegen **einen** Verwaltungsakt. Es wäre durchaus denkbar gewesen, dass ein anderes Gericht oder das Oberverwaltungsgericht eine andere Entscheidung getroffen hätte, so die Bürgermeisterin. Im Sinne der Bürger favorisiert sie eine Satzung mit wiederkehrenden Beiträgen.

Die Definition über „wiederkehrende Beiträge“ gibt es nur im Straßenrecht, so die Antwort auf die Frage von Stadtrat Macht, Die Eltern, und dem Hinweis von Stadtrat Marten, SPD-Fraktion, dass die Satzung mit wiederkehrenden Beiträgen auch in anderen Bereich Anwendung finden könnte.

Der Ausschussvorsitzende informiert über das Ergebnisse der vorangegangenen Beratung und stellt anschließend die Vorlage zur Abstimmung.

Bau-, Verkehrs- und Umweltschuss – einheitlich zugestimmt.  
Abschließend stellt der Ausschussvorsitzende die Vorlage zur Abstimmung.

### **Beschluss:**

Der Finanz- und Wirtschaftsausschuss empfiehlt mehrheitlich die Vorlage Nr.162/12/15 – Ermächtigung der Bürgermeisterin zur Erstellung von Satzungen für die Erhebung wiederkehrender Beiträge – zur Beratung an den Stadtrat.

### **Abstimmungsergebnis:**

Ja-Stimmen:	8
Nein-Stimmen:	1
Stimmenthaltungen:	0

TOP 5 Aufstellung eines Bebauungsplanes - Wohnstandort Bertolt-Brecht-Straße in Gardelegen  
Vorlage: 163/12/15

Auf den Fehler über die Schreibweise des Straßennamens Bertolt-Brecht-Straße wird von Stadtrat Marten hingewiesen.

Stadtrat Macht fragt nach dem Bedarf an Bauplätzen. Dazu erläutert Frau Schneider, Mitarbeiterin des Amtes für Baudienstleistungen, dass zurzeit noch zehn Anträge vorliegen, die nicht bedient werden können. Im Baugebiet Kämmereiforst würden zwar noch Möglichkeiten bestehen. Diese Bauplätze werden von den Bauwilligen aus unterschiedlichen Gründen abgelehnt. Eine entsprechende Infrastruktur ist im Bereich der Bertolt-Brecht-Straße gegeben.

Ausschussvorsitzender Genz informiert über das Beratungsergebnis des Bauausschusses, welcher einstimmig mit 7 Ja-Stimmen der Aufstellung des B-Planes zustimmte.

Im Anschluss daran lässt er über die Vorlage abstimmen.

**Beschluss:**

Der Finanz- und Wirtschaftsausschuss empfiehlt einstimmig die Vorlage Nr. 163/12/15 „Aufstellung eines Bebauungsplanes – Wohnstandort Bertolt-Brecht-Straße“ – zur Beratung an den Stadtrat.

**Abstimmungsergebnis:**

Ja-Stimmen:	9
Nein-Stimmen:	0
Stimmenthaltungen:	0

TOP 6 Schulentwicklungsplanung - Schließung des Schulstandortes Estedt  
Vorlage: 167/12/15

Auf die Problematik der Beschlussvorlage eingehend, weist die Bürgermeisterin darauf hin, den Antrag der Gemischten Fraktion - Ablehnung der Schließung des Grundschulstandortes Estedt – zu überdenken.

Die Schule ist formal noch geöffnet, praktisch aber nicht, da die Schüler in der Reutter-Grundschule unterrichtet werden und die Lehrer in andere Schulen versetzt sind. Da die politische Entscheidung des Trägers der Grundschule nicht erfolgt ist, hat das Landesschulamt gehandelt und der Schule keine Lehrerwochenstunden mehr zugeordnet. Um den Ist-Zustand zu legalisieren, hat die Verwaltung die Vorlage zur Schließung der Schule vorbereitet.

Stadtrat Rötz fragt, was passiert, wenn die Schließung erneut abgelehnt wird? Folglich hätte die Stadt eine Schule, die nicht gefördert wird. Das ursprüngliche Vorhaben – Ausbau eines Kinderbetreuungsentrums – würde scheitern, da es für dieses Schulgebäude keine Förderung mehr gibt. Sowohl das Förderprogramm Stark III als auch das Programm Stark V setzen eine 15-jährige weitere Nutzung und eine Mindestzahl von 80 Schülern voraus.

Aufgrund des Antrages der Gemischten Fraktion ist für den 27.11.2015 ein Termin beim Landesschulamt, Frau Ackermann, vereinbart. Ziel ist es zu klären, ob bei der Reaktivierung der Grundschule eine Lehrerezuplanung möglich ist. Über das Ergebnis der Beratung wird in der kommenden Hauptausschusssitzung informiert.

Aufgrund der Anfrage des Stadtrates Wolf, erklärt Herr Bucklitsch, Verwaltungsmitarbeiter für Schulen, Sportstätten und Bäder, dass gegenwärtig der Anteil von Flüchtlingskindern an der Beschulung unter zehn Prozent liegt. So werden in Mieste 16 Kinder, in der Reutter-GS

sieben sowie in Jävenitz ein Kind beschult. In der Goethe- und Wanderschule sei es ähnlich.

Auf Frage des Stadtrates Marten, ob eine Schule ihre Kapazitätsgrenze erreicht hat, geht Herr Bucklitsch ein. Bis auf die 3. Klasse in der Goethe-Grundschule ist das nicht der Fall. Hier besteht eine Klassenstärke von 28 Schülern. Die Klasse müsste bei weiterem Zugang geteilt werden, was aus räumlichen Gründen nicht machbar ist. Daher würden Neuzuweisungen für diese Klasse erfolgen.

Stadtrat Marten stellt fest, dass es keine zwingende Notwendigkeit gibt, die Grundschule Estedt zu erhalten und sagt klar aus, dass die SPD-Fraktion für die Schließung der Schule stimmt.

Der Ausschussvorsitzende informiert über die Abstimmungsergebnisse der Anträge im Sozial-, Jugend-, Kultur- und Sportausschuss:

*Gemischte Fraktion – Ablehnung der Schließung der Grundschule Estedt*  
= 3 Ja-Stimmen, 4 Nein-Stimmen und 2 Enthaltungen.

*Antrag der Freien Liste Feuerwehr – Entscheidung vertragen und nach den Landtagswahlen 2016 dem Stadtrat erneut zur Prüfung und Entscheidung vorlegen*  
= 4 Ja-Stimmen, 5 Nein-Stimmen und keine Enthaltung.

#### **Abstimmung Beschlussvorlage**

= 2 Ja-Stimmen, 6 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung.

Abschließend werden die Anträge im Finanz- und Wirtschaftsausschuss zur Abstimmung gestellt:

#### **1. Antrag der Gemischten Fraktion**

= 5 Ja-Stimmen und 4 Nein-Stimmen und keine Enthaltung

**Damit wird dem Antrag auf Ablehnung der Schließung der Grundschule Estedt mehrheitlich zugestimmt.**

#### **2. Antrag der Freien Liste Feuerwehr**

= keine Ja-Stimme, 9 Nein-Stimmen und keine Enthaltung

**Damit wird der Antrag auf Vertagung der Entscheidung einstimmig abgelehnt.**

**Mit der zuvor mehrheitlich beschlossenen Ablehnung der Schließung der Grundschule Estedt erübrigt sich die Abstimmung über die Vorlage Nr. 167/12/15.**

TOP 7 Sitzungstermine des Finanz- und Wirtschaftsausschusses für das Jahr 2016  
Vorlage: MV/F/0002/15

Stadtrat Rossband fragt an, ob die Möglichkeit besteht, den Termin der Stadtratssitzung nach der Sommerpause auf etwa 14 Tage später zu verschieben. Stadtrat Marten gibt zu bedenken, dass ein Termin in die Pfingstferien fällt.

Darauf eingehend, erklärt die Bürgermeisterin, dass die Termine für die Sitzungen des Stadtrates und damit auch die Termine für die Ausschüsse in Anlehnung weiterer abzustimmender Termine (z. B. Kreistag) vorgeschlagen werden. Die Termine der Schulferien im Winter sowie im Sommer wurden berücksichtigt.

Die Mitteilungsvorlage MV/F/0002/15 – Sitzungstermine des Finanz- und Wirtschaftsausschusses für das Jahr 2016 – wird einheitlich zur Kenntnis genommen.

**Abstimmungsergebnis:**

Ja-Stimmen: 9  
Nein-Stimmen: 0  
Stimmenthaltungen: 0

## TOP 8 Anfragen und Anregungen

1. Frau Zepig informiert über den Abbau des Torwächters aufgrund eines Gutachtens. Danach ist die Figur von einem Pilz befallen und kann in seiner jetzigen Form nicht mehr erhalten werden. Aus Sicherheitsgründen wurde die Statue abgebaut und eingelagert.  
Alle Einwohner sind aufgerufen, Vorschläge für die Verwendung zu unterbreiten. Ein erster Vorschlag hat zum Inhalt, den Torwächter längs in den Bürgerpark zu legen, damit Kinder diesen als Kletterobjekt nutzen können.
2. Der Leiter des Fachbereiches Finanzen und Zentrale Dienste, Stadtverwaltungsrat Machalz teilt mit, dass die Eröffnungsbilanz nach wie vor bei der Kommunalaufsicht zur Prüfung liegt, sodass kein konkreter Termin für die Bekanntgabe im Stadtrat gegeben werden kann.  
Es ist vorgesehen, den Haushalt 2016 in der zweiten Sitzung des Stadtrates im neuen Jahr zur Lesung zu geben und eventuell zu beschließen.

Sitzungsleiter:

Protokollführerin:

Thomas Genz  
Vorsitzender des Finanz- und  
Wirtschaftsausschusses

Roswitha Kausche